



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlamentsdirektion

BERATUNGEN DES HAUPTAUSSCHUSSES IN ANGELEGENHEITEN DER EUROPÄISCHEN UNION

IV-9 DER BEILAGEN ZU DEN STENOGRAPHISCHEN PROTOKOLLEN
DES NATIONALRATES XXVI. GP

Auszugsweise Darstellung

Mittwoch, 20. März 2019



Beratungen des Hauptausschusses in Angelegenheiten der Europäischen Union

(Auszugsweise Darstellung)

Mittwoch, 20. März 2019

Tagesordnung

5154/19

Tagung des Europäischen Rates (21. und 22. März 2019)

– Entwurf der erläuterten Tagesordnung
(53801/EU XXVI.GP)



Vor dem EU-Gipfel am 20. und 21. März, bei dem sich die europäischen Staats- und Regierungschefs u.a. dem Brexit auseinandergesetzt haben, trat der EU-Hauptausschuss des Nationalrats zusammen.

Bundeskanzler Kurz steht Brexit-Verschiebung positiv gegenüber

"Wir können Theresa May positiv signalisieren, dass wir für eine Verschiebung sind", sagte **Bundeskanzler Sebastian Kurz** im parlamentarischen EU-Hauptausschuss als Reaktion auf die von der britischen Premierministerin beantragte Verschiebung für den Austritt Großbritanniens aus der EU bis 30. Juni. Die Mehrheitsmeinung in der EU sei, den Brexit nach hinten zu verschieben, um einen ungeordneten Austritt zu vermeiden. Gelöst seien die offenen Streitfragen allerdings nicht. Ziel bleibe ein Deal noch vor den Europawahlen im Mai, so **Kurz**, er rechnet wie Kommissionspräsident Jean Claude Juncker beim morgen startenden EU-Gipfel in Brüssel nicht mit einer endgültigen Klärung. Auch die Chance für ein zweites Brexit-Referendum sieht der Kanzler im Moment nicht gegeben. Zur Zeit gebe es in Großbritannien für diese Idee einfach keine nennenswerte Unterstützung.

Geht es nach der SPÖ, sollte die EU eine Brexit-Verschiebung nicht unkritisch befürworten. "Nur zu sagen, nicht gegen die Wand fahren zu wollen, ist zu wenig", sagte **Andreas Schieder (SPÖ)**. Die Oppositionspartei vermisst in der britischen Verhandlungsposition eine Perspektive für einen konstruktiven Ausweg. Theresa May sei nicht mehr der politische Garant dafür, so **Schieder**, die Entscheidung falle schlussendlich im britischen Unterhaus. Die Frage sei, was eine Verschiebung bringen soll, ergänzte der Abgeordnete, die Aufgabe der britischen KollegInnen sei es nun, eine Alternative zu formulieren. Ein entsprechender Antrag auf Stellungnahme, in dem die SPÖ den Bundeskanzler auffordert, einer Verlängerung der Frist für den Brexit im Europäischen Rat nur dann zuzustimmen, wenn diese eine tatsächliche Veränderung der Verhandlungsposition erwarten lässt, wurde nur von den NEOS sowie der Liste JETZT unterstützt und fand damit keine Mehrheit im Ausschuss.

Martin Engelberg (ÖVP) merkte an, dass die von der SPÖ beantragte Mitteilung bereits offizielle EU-Position sei, es handle sich dabei um ein "explain the obvious". Wer die britische Verhandlungsführung kenne, wüsste, wie wichtig es sei, in den letzten Tagen die Nerven zu behalten. Nicht weniger essentiell sei es nun auch innenpolitisch, hinter der Position der Regierung zu stehen und EU-Chefverhandler Michel Barnier zu unterstützen.

Europaminister Gernot Blümel bekräftigte, dass es auch mit einer Brexit-Verschiebung zu keinem Aufschnüren des ausverhandelten Vertrags kommen werde. May brauche eine



technische Verlängerung des Austrittsdatums, um den Vertrag durch das britische Unterhaus bringen zu können. In der EU würden jedenfalls weiterhin Vorkehrungen für den Fall eines harten Brexit getroffen. Im Rat für Allgemeine Angelegenheiten seien gestern etwa 11 von 19 Rechtsakte beschlossen worden.

Auf die Frage von Jessi Lintl (FPÖ), warum es in Sachen Backstop kein Entgegenkommen der EU für die Briten gibt, sagte **Blümel**, dass es sich im Abkommen dabei um eine Rückversicherung handle, um eine harte Grenze zwischen Nordirland und Irland zu vermeiden. So eine Rückversicherung müsse auch rechtlich bindend und zeitlich unbefristet sein. "Es gibt die Befürchtung, dass wieder Blut fließt, wenn es zu einer harten Grenze kommt", so der Minister. Die Wahrscheinlichkeit, dass es schlussendlich zu keinem Brexit kommt, bewertet **Blümel** unter den aktuellen Gegebenheiten als "nicht sehr groß". Die Hand bleibe Richtung Großbritannien jedenfalls immer ausgestreckt.

US-Strafzölle, Macrons Europa-Pläne, künstliche Intelligenz, Westbalkan

Angesprochen von Carmen **Jeitler-Cincelli (ÖVP)** auf US-Strafzölle etwa in der Automobilindustrie, erklärte der Bundeskanzler, dass er bei seinem Besuch Interesse für ein EU-Abkommen ähnlich wie mit Mexiko oder Kanada vernommen habe. Ob so ein Abkommen schnell gelinge, sei nicht vorausschbar. Mittelfristig sei er jedenfalls optimistisch, er habe nicht den Eindruck gewonnen, dass vonseiten der USA Interesse an einem langjährigen Handelskrieg bestehe. Er spreche sich jedenfalls für einen faireren Freihandel mit den USA aus, wie er **Douglas Hoyos-Trauttmansdorff (NEOS)** erklärte.

FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus erkundigte sich beim Bundeskanzler, wie er zu den EU-Zukunftsplänen des französischen Präsidenten Emmanuel Macron stehe. **Kurz** bekräftigte darauf einmal mehr seine Vorstellung einer subsidiären Union, Macrons Vorschläge sind seiner Meinung nach unterschiedlich zu bewerten. Unterstützenswert seien etwa die französischen Vorstellungen in Hinblick auf einen stärkeren Außengrenzschutz, kritisch stehe er allerdings einer Sozialunion gegenüber.

Das Thema künstliche Intelligenz, Datenzugang sowie Datennutzung in Verbindung mit ethischen Codes brachte **Stefanie Cox (JETZT)** aufs Tapet. **Kurz** meinte dazu, dass es für künstliche Intelligenz genauso ethische Standards geben müsse wie für alle anderen Bereiche des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Diese zu formulieren, sei allerdings komplex und sensibel, im Bundeskanzleramt wird sich laut Informationen des Kanzlers ein



Ethik-Rat mit diesen Fragen befassen. "Wir dürfen uns vor dem Fortschritt nicht fürchten", so **Kurz**. Einem europaweiten Sicherheitszertifikat für Cyber-Produkte und -Dienstleistungen stehe er positiv gegenüber.

Was die Heranführung Südosteuropas an die EU betrifft, betonte **Blümel**, dass der Westbalkan auch nach der Ratspräsidentschaft ein laufender Schwerpunkt der österreichischen EU- und Außenpolitik bleibe. Wichtig sei, dass die Union auch weiterhin die Hand ausstreckt und weitere Handlungen setzt, wenn es zu Fortschritten in den Westbalkan-Staaten kommt. Zumal die Beitrittsperspektive positive Transformationswelle in der Region auslösen könne.



Folgender Antrag der SPÖ auf Stellungnahme wurde abgelehnt:

Beilage 1/1

**ANTRAG AUF STELLUNGNAHME
gemäß Art. 23e Abs. 3 B-VG**

der Abgeordneten Mag. Andreas Schieder,

Genossinnen und Genossen

betreffend 5154/19 Tagung des Europäischen Rates (21. und 22. März 2019) – Entwurf der erläuterten Tagesordnung (53801/EU XXVI.GP)

eingebraucht in der Sitzung des Hauptausschusses in Angelegenheiten der Europäischen Union am 20.3.2019

Das Vereinigte Königreich tritt in wenigen Tagen – am 29. März – ohne angemessene Übergangsregelungen aus der Europäischen Union aus, sofern sich in den wenigen verbleibenden Tagen keine wesentliche Veränderung der Situation ergibt. So sieht es der EU-Vertrag vor, der jedoch die Möglichkeit zugesteht, dass der Europäische Rat – also die Staats- und Regierungschefs – einstimmig eine Verlängerung dieser Frist beschließen. Alternativ hat das Vereinigte Königreich laut Gutachten des EuGH die Möglichkeit, bis zu diesem Tag einseitig das Austrittsgesuch zurückzuziehen und vollwertiges Mitglied der Union zu bleiben.

Die innenpolitische Situation in Großbritannien ist derzeit so festgefahren, dass keine Perspektive für einen konstruktiven Ausweg aus der aktuellen Lage möglich scheint. Dies liegt jedoch vorrangig in der Verantwortung der britischen Regierung, die es verabsäumt hat, alle relevanten gesellschaftlichen Kräfte des Landes auf eine gemeinsame Vorgehensweise festzulegen. Stattdessen sind die britischen Konservativen vor allem damit beschäftigt, ihre internen Streitigkeiten zu Lasten des Wohles des Landes auszutragen, während Europas Rechtsparteien weiterhin entgegen aller Fakten die Wiedererlangung der britischen Souveränität bejubeln.

Die Europäische Union sollte auf diese Situation angemessen reagieren: die Entscheidung des Vereinigten Königreichs, die EU zu verlassen, ist zu respektieren. Gleichzeitig sollte jede Möglichkeit, diesen für alle Beteiligten nachteiligen Entschluss umzukehren, unterstützt werden. Solche Perspektiven liegen derzeit aber nicht vor, wonach nur zwei Möglichkeiten bestehen: entweder, das Vereinigte Königreich verlässt zum selbstgewählten Zeitpunkt auch ohne Austrittsabkommen die Union, oder es tritt eine grundlegende Neubewertung der britischen Position, etwa durch Neuwahlen oder ein zweites Referendum, ein. Auch wenn niemand einen hard brexit befürwortet, muss irgendwann Klarheit herrschen. Ansonsten macht sich die EU unglaubwürdig.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Antrag auf Stellungnahme gemäß Art 23e Abs. 3 B-VG

„Der Bundeskanzler wird aufgefordert, einer Verlängerung der Frist für den Austritt des Vereinigten Königreiches aus der Europäischen Union im Europäischen Rat nur dann zuzustimmen, wenn durch eine solche Verlängerung tatsächlich eine Veränderung der Verhandlungsposition des Vereinigten Königreichs zu erwarten ist.“

Das gegenständliche Vorhaben ist auf die Erlassung eines verbindlichen Rechtsaktes gerichtet, der sich auf die Erlassung von Bundes(verfassungs)gesetzen auf dem im Rechtsakt geregelten Gebiet auswirken würde.

